

URGENT ACTION

GERECHTIGKEIT FÜR INDIGENE KINDER

KANADA

UA-Nr: UA-070/2021 AI-Index: AMR 20/4279/2021 Datum: 14. Juni 2021 – mr

ÜBERLEBENDE DER FRÜHEREN INTERNATE UND TAGESSCHULEN FÜR INDIGENE KINDER IN KANADA

Am 27. Mai wurden auf dem Gelände eines ehemaligen Internats in Kamloops (Provinz British Columbia) die menschlichen Überreste von 215 indigenen Kindern gefunden. Auch auf dem Gelände des früheren Internats von Brandon (Provinz Manitoba) wurden sterbliche Überreste von Kindern gefunden. Es wird mit weiteren Funden auf dem Gelände von Internatsschulen in ganz Kanada gerechnet. Die kanadische Regierung muss umgehend die Umstände klären lassen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und die indigenen Bevölkerungsgruppen Kanadas vor weiteren Diskriminierungen schützen.

Am 27. Mai 2021 wurden auf dem Gelände eines ehemaligen Internats in der Nähe der Stadt Kamloops in British Columbia die sterblichen Überreste von 215 indigenen Kindern gefunden. Das Internat liegt in einem Territorium der First Nations (indigene Bevölkerung Nordamerikas) und wurde von Kindern der Tk'emlups te Secwépemc besucht. Sie und viele weitere indigene Kinder wurden bis 1996 von ihren Eltern getrennt und in Internaten untergebracht, um sie von ihrer Herkunftskultur und -sprache abzuschneiden. Die Internate waren Teil einer Kolonialpolitik, die die Ausrottung indigener Kulturen, Sprachen und Gemeinschaften zum Ziel hatte. Die letzte dieser Schulen schloss 1996, doch die Traumata der Betroffenen und die damit verbundenen Einschränkungen überdauern Generationen, und diskriminierende Praktiken bestehen bis heute. Amnesty International vertritt die Ansicht, dass es Unrecht war, die Kinder von ihren Eltern zu trennen. Die kanadische Regierung trägt Verantwortung für die diskriminierende Kolonialpolitik und Praktiken wie solche Internate. Sie muss diesen Teil der kanadischen Geschichte aufarbeiten und für die Menschenrechtsverletzungen an indigenen Bevölkerungsgruppen Verantwortung übernehmen.

Angehörige der First Nations in Kanada müssen Gerechtigkeit erfahren. Entsprechende Forderungen haben sie im *Spirit Bear Plan* aufgestellt. Um Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit sicherzustellen – nicht nur für die 215 Kinder, deren sterbliche Überreste auf dem Gelände des Internats für indigene Kinder in Kamloops begraben wurden, sondern für alle First Nations, Métis (europäisch-indigener Herkunft) und Inuit – muss Kanada umgehend konkrete Maßnahmen ergreifen. Nähere Informationen zum *Spirit Bear Plan* der Organisation *Family Caring Society of Canada* finden Sie [hier](#) und zu den 94 Forderungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission [hier](#).

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Aufgrund diskriminierender kolonialer Politik sind Métis-, Inuit- und First-Nation-Kinder weiterhin überproportional im Kinderfürsorgesystem vertreten. Für die Gesundheitsversorgung und Bildung von Kindern der First Nations, die in Reservaten leben, wird in Kanada weniger Geld bereitgestellt, als für andere Kinder im Land. Indigene Frauen, Mädchen und Two-Spirit-Personen erleben extrem viel Gewalt. Inuit, Métis und First Nations erfahren ebenfalls oft rassistische Diskriminierung, wenn sie mit Vertreter_innen staatlicher Institutionen wie der Polizei oder dem Gesundheitswesen zu tun haben. Die kanadische Regierung stimmt häufig Industrieprojekten auf indigenen Territorien zu, ohne die freiwillige, vorherige und informierte Zustimmung der Betroffenen einzuholen oder indigene Gesetze und wissenschaftliche Erkenntnisse anzuerkennen.

Die Berichte der *Royal Commission on Aboriginal Peoples* von 1996, der Wahrheits- und Versöhnungskommission von 2015, die Staatliche Untersuchung zu vermissten und ermordeten indigenen Frauen und Mädchen von 2019 sowie zahlreiche Überprüfungen der UN und anderer internationaler Menschenrechtsorgane dokumentieren das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen an den indigenen Bevölkerungsgruppen in Kanada. Außerdem enthalten sie Tausende Empfehlungen, um Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit für die indigene Bevölkerung sicherzustellen.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W:

www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC BFSW33HAN IBAN DE33 2305 0000 0001 00

AMNESTY
INTERNATIONAL



SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, E-MAILS UND LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie höflich auf, Ermittlungen zum Tod der indigenen Kinder im früheren Internat von Kamloops und anderen Internaten und Tagesschulen in Kanada aufzunehmen und die Verantwortlichen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.
- Finanzieren Sie bitte in vollem Umfang die Untersuchung der Grabstätten auf dem Gelände weiterer Internate und Tagesschulen, wenn betroffene Gemeinschaften dies veranlassen möchten, und stellen Sie sicher, dass die indigenen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu diesen Geländen gemäß ihren Gesetzen und Bräuchen kontrollieren können.
- Dringen Sie bitte weiter darauf, dass die katholische Kirche alle Berichte und Fotos im Zusammenhang mit den Internaten freigibt und versuchen Sie erneut, eine Entschuldigung und Entschädigungen für die Überlebenden und ihre Familien zu erwirken.
- Setzen Sie bitte die Forderungen aus dem *Spirit Bear Plan* der First Nations Kinder- und Familiengesellschaft (First Nations Child and Family Caring Society of Canada) um.
- Bitte finanzieren Sie in vollem Umfang psychologische und andere Gesundheitsdienstleistungen, um die indigenen Bevölkerungsgruppen in Absprache mit ihren Wünschen darin zu unterstützen, die Traumata zu verarbeiten, die koloniale Politiken und Praktiken bei ihnen verursacht haben.
- Setzen Sie bitte die 94 Forderungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission um.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

PREMIERMINISTER

Justin Trudeau
Office of the Prime Minister and Privy Council
80 Wellington St
Ottawa, ON K1P 5K9
KANADA
(Anrede: Dear Prime Minister / Sehr geehrter Herr
Premierminister)
E-Mail: pm@pm.gc.ca

KOPIEN AN

BOTSCHAFT VON KANADA

S.E. Herr Stéphane Dion
Leipziger Platz 17
10117 Berlin
Fax: 030-2031 2590
E-Mail: brlin@international.gc.ca

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch, Französisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **26. Juli 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I call on you to investigate and prosecute those responsible for the deaths of Indigenous children at the former Kamloops Indian Residential School and other former residential and day schools.
- Where requested by affected communities, fully fund examinations of burial grounds at other former residential and day schools and ensure that Indigenous peoples control access to sites according to their own laws and customs.
- Continue urging the Catholic Church to release all records and photos related to residential schools, and again seek an apology and reparations for survivors and their families.
- Implement the calls in the First Nations Child and Family Caring Society of Canada's Spirit Bear Plan, including stopping litigation of First Nations children.
- Fully fund mental health and other services to support Indigenous peoples in dealing with traumas caused by colonial policies and practices, in accordance with their wishes.
- Implement the 94 calls to action from the Truth and Reconciliation Commission.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Obwohl die Menschenrechtsverletzungen bekannt sind und die Empfehlungen für Veränderungen den Weg nach vorne klar aufzeigen, widersetzt sich Kanada weiterhin echter Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit. Die Gesetzesvorlage C-15 zur Umsetzung der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker ist noch nicht verabschiedet worden. Der Staat Kanada prozessiert weiterhin gegen Kinder der First Nations, die in Reservaten leben, und verweigert ihnen die gleichen Mittel für grundlegende Dienstleistungen wie anderen Kindern im Land. Kanada kämpft in Gerichten immer noch gegen Überlebende der Internate und Tagesschulen und widersetzt sich weiterhin den Forderungen indigener Bevölkerungsgruppen, ihr Recht auf Selbstbestimmung zu achten und den Grundsatz der freiwilligen, vorherigen und informierten Zustimmung bei der industriellen Erschließung ihrer Territorien anzuwenden.

Für weitere Informationen siehe auch: Statement [Lowering flags is not enough](#), 31. Mai 2021, und Blogtext [Indigenous Children Deserve Justice and Accountability](#), 3. Juni 2021 von Amnesty International Kanada.

